

Zur Verhandlung am Landesverwaltungsgericht vergangenen Donnerstag in der Causa Peršman hält Olga Voglauer, Nationalratsabgeordnete und Landessprecherin der Grünen Kärnten, fest: „Die Verhandlung hat erneut gezeigt, dass niemand Verantwortung übernehmen will.“

„Niemand will Verantwortung übernehmen“

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovinci/meldungen,9.3. 2026)

Zur Verhandlung der Maßnahmenbeschwerde von drei Frauen, die sich gegen die Identitätsfeststellungen im Rahmen des rechtswidrigen Polizeieinsatzes am Peršmanhof wehren, die am Donnerstag am Landesverwaltungsgericht in Klagenfurt/ Celovec stattfand, hält Olga Voglauer, Nationalratsabgeordnete und Landessprecherin der Grünen Kärnten, fest: „Die Verhandlung hat erneut gezeigt, dass niemand Verantwortung übernehmen will: Die Einsatzleitung konnte nicht erklären, auf welcher Grundlage die Identitäten der anwesenden Personen festgestellt wurden und wer die Entscheidungen traf. Welche Rolle der Bezirkshauptmann dabei spielte, ist auch sieben Monate nach dem Einsatz weiterhin völlig unklar.“

Aus den Schilderungen der Museumsmitarbeiterin und der Campteilnehmerinnen gehe klar hervor: Personen wurden mehrfach kontrolliert, teils stundenlang eingeschüchtert, während pauschale Gründe wie ‚Anstandsverletzung‘ oder eine ‚gewisse Staatsfeindlichkeit‘ vorgeschoben wurden, heißt es in einer Aussendung der Grünen.

„Die Identitätsfeststellungen erfolgten ohne konkreten Grund, die Betroffenen wurden massiv in ihrer Freiheit eingeschränkt. Die Verhandlung bestätigt damit die Ergebnisse des Berichts der Expert:innen-Kommission zum Polizeieinsatz am Peršmanhof“, so Voglauer. Angesichts der laufenden gerichtlichen Aufarbeitung betont sie: „Wir erwarten klare Ergebnisse aus den Ermittlungen, Transparenz über Verantwortlichkeiten und konkrete Antworten. Der Bericht zeigt, dass der Einsatz rechtswidrig war und somit ist das Vertrauen in die Behörden massiv beschädigt. Solch ein Vorgehen darf sich nicht wiederholen. Nur eine lückenlose Aufklärung und eine klare Haltung können Vertrauen in staatliche Institutionen wiederherstellen und Minderheiten schützen.“